



Pascal Canfin

## Der Green Deal oder: die Erfindung eines neuen europäischen Wohlstandsmodells

Die Europäische Union vollzieht derzeit einen beispiellosen klimapolitischen Wandel. Als Frankreich vor zwei Jahren den Vorschlag machte, die Klimaneutralität bis 2050 als Ziel festzuschreiben, folgten dem Appell lediglich zwei andere Mitgliedstaaten. Innerhalb dieser kurzen Zeit ist er nicht nur zum offiziellen Klimaschutzziel der EU avanciert, sondern wird nunmehr auch vom kürzlich ins Amt gewählten US-Präsidenten Joe Biden und dem neuen japanischen Premierminister Yoshihide Suga unterstützt. Sogar China strebt offiziell die Klimaneutralität bis 2060 an.

Wir erleben gerade eine Zeitenwende. Einerseits befinden wir uns am Beginn einer Ära, die ich als »souffrance climatique«, als »Klimanotstand«, bezeichne: Schon heute beobachten wir eine Zunahme von Extremwetterereignissen und Dürren, die unsere Ernährungssicherheit bedrohen, allen voran die der ärmsten Länder – wahre Pulverfässer, deren Schockwellen auch uns erreichen werden. Gleichzeitig stehen wir jedoch an einem Wendepunkt, von dem aus wir den Weg zur Vermeidung des Schlimmsten erkennen können. Die wesentlichen Schlüssel, um unser Schicksal wieder selbst in die Hand zu nehmen, stehen uns bereits zur Verfügung. Das belegen unter anderem folgende Zahlen: 90 Prozent der im Jahr 2019 neu geschaffenen Stromerzeugungskapazitäten basieren auf regenerativen Energien. Dank des beschleunigten Kohleausstiegs sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen des europäischen Energiesektors 2019 innerhalb eines einzigen Jahres um 15 Prozent gesunken. Und die Zahl der verkauften Elektroautos hat sich in der EU allein im Jahr 2020 verzehnfacht.

An diesem Punkt unserer Geschichte kann alles in die eine oder in die andere Richtung kippen, und die Entscheidungen, die wir jetzt treffen, werden maßgeblich über unsere Zukunft bestimmen. Deshalb steht beim europäischen Green Deal so unglaublich viel auf dem Spiel: Es geht darum, zu beweisen, dass es auf einem Kontinent mit 500 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern gelingen kann, eine positive Dynamik des tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandels anzustoßen, ohne dabei die Gesellschaft zu spalten.

### 50 europäische Gesetze: ein Paradigmenwechsel, durch den die EU zur Umweltmacht werden soll

Zielsetzungen allein reichen jedoch nicht aus, es bedarf auch eines glaubwürdigen Weges, um sie zu erreichen. Innerhalb von 18 Monaten – bis zum Ende des Jahres 2022 – werden wir auf noch nie da gewesene Weise mehr als fünfzig europäische Gesetze reformieren und so einen grundlegenden Paradigmenwechsel einleiten. Finanzwirtschaft, Emissionsrecht, CO<sub>2</sub>-Standards für Kraftfahrzeuge, Kreislaufwirtschaft, Biodiversität, Pestizide ... Dadurch, dass sie die Gesamtheit der Herausforderungen ins Visier nehmen, bilden diese fünfzig EU-Gesetze den Kern des Green-Deal-Projekts und werden dessen Umsetzung zuverlässig auf den Weg bringen.

An erster Stelle steht dabei die industrielle Glaubwürdigkeit: Über viele Lösungen verfügen wir schon heute, und wir arbeiten mit Hochdruck an der Bewältigung der bislang noch ungeklärten Probleme: etwa der Senkung der Energiespeicherkosten im

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 8, 28. April 2021

Bereich der Erneuerbaren Energien oder der Suche nach Möglichkeiten zur Herstellung von grünem Wasserstoff in großen Mengen. Der Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises, der Anfang 2021 mit über 40 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> einen neuen Rekordwert erreichte und in absehbarer Zeit 50 bis 60 Euro betragen soll, wird diesen technologischen Wandel und die Entfaltung der dritten Industriellen Revolution, die der klimaneutralen Industrie, vorantreiben. Europa ist überdies der Kontinent mit den meisten grünen Patenten weltweit. Es liegt deshalb in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse, auf diesem Weg weiter voranzukommen. Und es ist alles andere als ein Zufall, dass sich 170 europäische Topmanagerinnen und Topmanager der im Frühjahr 2020 zur Beschleunigung des Wandels ins Leben gerufenen »Grünen Allianz für den Aufschwung« angeschlossen haben. Sie haben erkannt, dass dies auch in ihrem Interesse ist. Wir werden die Klimawende nicht erfolgreich vollziehen können, ohne unserer Industrie gleiche Wettbewerbsbedingungen, ein »level playing field«, gegenüber ihrer außereuropäischen Konkurrenz zu garantieren, die noch keinem hohen CO<sub>2</sub>-Preis unterworfen ist. Genau darum geht es beim CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus. Diese entscheidende Maßnahme, die seit über 20 Jahren diskutiert wird und nun dank des französischen Vorstoßes endlich eine breite Unterstützung in Europa gefunden hat, wird Klimaschutz-Dumping verhindern und es unserer Industrie gleichzeitig ermöglichen, ihre technologischen Konzepte im Sinne der Klimaneutralität umzubauen.

An zweiter Stelle steht die finanzielle Glaubwürdigkeit: Mindestens 37 Prozent des historisch einzigartigen europäischen Konjunkturpakets »Next Generation EU« im Umfang von 750 Milliarden Euro sind für Klimainvestitionen vorgesehen, und kein einziger Euro darf in potenziell umweltschädigende Kapitalanlagen fließen. Um dieses Programm zu finanzieren, will die Europäische Kommission für 250 Milliarden Euro so genannte »Grüne Anleihen« ausgeben, wodurch die EU mit Abstand zur weltweit größten Emittentin grüner Public Bonds wird. Diese 250 Milliarden Euro stellen den größten grünen Investitionsschock dar, der je beschlossen wurde. Zusätzlich ist die Europäische Zentralbank unter dem maßgeblichen Einfluss

von Christine Lagarde im Begriff, ein Tabu zu brechen und ihre Regeln dahingehend zu ändern, dass sie grüne Vermögenswerte in der Wirtschaft fördern und schrittweise einen »CO<sub>2</sub>-Filter« auf ihre Geldpolitik anwenden kann. Dass all dies noch vor zwei Jahren geradezu utopisch erschienen wäre, ist ein Beleg für die Beschleunigung der Entscheidungsprozesse.

Und schließlich geht es, drittens, um die Glaubwürdigkeit in Bezug auf soziale und territoriale Gerechtigkeit: Eine der Grundvoraussetzungen für den Erfolg des Green Deals besteht darin, dass niemand dabei auf der Strecke bleibt. Das gilt insbesondere für die Regionen, die heute immer noch massiv von der Kohle abhängen, etwa in Polen oder Rumänien. Der EU-Haushalt sieht einen Fonds für einen gerechten Übergang im Umfang von 17 Milliarden Euro vor, um den Wandel in diesen Regionen verstärkt zu begleiten. Außerdem wird die EU ihre Anstrengungen im Kampf gegen die Energiearmut verstärken, von der Millionen Familien in Europa betroffen sind, deren Mietwohnungen so hohe Energieverluste aufweisen, dass ihre Heizkosten zum Teil höher sind als die eigentliche Miete.

Diese fünfzig Gesetze werden unser Leben umfassend verändern: das für 2035 geplante Verbot von Benzin- und Diesel-Verbrennungsmotoren; die Einführung eines Rechts auf Reparatur für alle europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher als Mittel im Kampf gegen die geplante Obsoleszenz; der Importstopp für Rohstoffe, die zur Abholzung von Primärwäldern wie dem im Amazonasgebiet beitragen, usw. Wie man sieht, ist der Green Deal tatsächlich die Erfindung eines neuen Wirtschaftsmodells, und nur ein geringer Anteil der Bürgerinnen und Bürger, ja sogar der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, ist sich bewusst, dass all das bereits im Gange ist.

### Ein neuer europäischer Konsens für den Aufschwung nach der Krise

Diese Dynamik ist vollkommen neu, und sie hat durch die Corona-Krise nicht an Fahrt verloren. Ganz im Gegenteil. Die Strategien zur Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise markieren einen entscheidenden Bruch mit dem Krisenmanagement von 2008.

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 8, 28. April 2021

Im Zuge dieser letzten großen Finanzkrise beging die EU drei grundlegende Fehler, die es gegenwärtig zu vermeiden gilt.

Der erste Fehler bestand damals darin, die haushaltspolitische Reaktionsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu beschneiden. In der aktuellen Krise haben – neben geldpolitischen Lockerungen – die Aussetzung von Steuervorschriften sowie die Erweiterung des staatlichen Beihilferahmens dazu beigetragen, die maximale Interventionsfähigkeit der Mitgliedstaaten freizusetzen. Es besteht ferner kein Zweifel mehr daran, dass die derzeitigen Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts überarbeitet werden müssen, um sie weniger starr und stattdessen prozyklisch zu gestalten.

Der zweite große Fehler, der im Zuge der Finanzkrise von 2008 gemacht wurde, war es, kein gemeinschaftliches Konjunktur- und Investitionsprogramm aufzulegen. In der Corona-Krise kam es – im Anschluss an eine historische, vier Tage und Nächte dauernde Ratssitzung auf Ebene der Staats- und Regierungschefs der Union im Juli 2020 und nach der Zustimmung des Europäischen Parlaments im darauffolgenden Dezember – zu einer Einigung über ein auf europäischer Ebene durch gemeinsame Schulden finanziertes Konjunkturpaket in Höhe von 750 Milliarden Euro.

Der dritte vor zehn Jahren begangene Fehler bestand schließlich darin, dass die konjunkturelle Belebung nicht an die Beantwortung der drängenden Klimafrage gekoppelt wurde. Diesmal geschieht das Gegenteil, und die Umweltorganisation der Vereinten Nationen (UNEP) hat den Europäischen Aufbauplan – hinter dem Südkoreas – als zweitnächstbesten weltweit eingestuft.

### Für eine breite gesellschaftliche Zustimmung braucht es eine neue Theorie des Wandels

Die Voraussetzungen sind also gegeben, um das Blatt zu wenden und uns im Klimakampf alle Erfolgchancen zu sichern. Doch wie kann ein derart groß angelegter Wandel gelingen, ohne dabei die Gesellschaft zu spalten? Wie können wir es schaffen, innerhalb von 30 Jahren ein CO<sub>2</sub>-basiertes System zu überwinden, das bereits seit über 150 Jahren aufs Engste mit unserem Alltag verbunden ist?

Mit Blick auf die Zukunft verfügen wir über zwei entscheidende Instrumente: den bereits erwähnten technologischen und den kulturellen Hebel. Die europäische Bevölkerung ist zunehmend sensibler für ökologische Belange geworden, gesellschaftliche Normen verändern sich, Markttrends entwickeln sich weiter. Was fehlt also noch? Die Veränderung der politischen Regeln, der gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Ermöglichung dieses systemischen Wandels. Und genau da setzen wir mit dem Green Deal an. Außerdem bedarf es einer neuen Methode zur Aushandlung der Übergangsprozesse. Angesichts der Herausforderungen, die wir bewältigen müssen, um unsere Landwirtschaft und unsere Mobilität zu verändern, um uns aus unserer Abhängigkeit von den fossilen Energieträgern zu befreien und eine Kreislaufwirtschaft zu entwickeln, die nicht länger auf der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beruht, müssen wir einen tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandel vollziehen. Die potenziellen Spannungen und rivalisierenden Interessen in diesem Zusammenhang sind vielfältig, und nichts wäre verheerender, als in Vereinfachungen zu verfallen. Jetzt ist es an der Zeit, die Grundlagen für den Wandel zu legen und das »Wie« zu gestalten.

Unsere Gesellschaft ist vielschichtig, die Menschen selbst sind komplex – sie sind in Widersprüchen gefangen und unterliegen materiellen Zwängen. Die Übergänge des 21. Jahrhunderts müssen nach dem Vorbild der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse zur Errichtung des Wohlfahrtsstaats im 20. Jahrhundert gestaltet werden. Deshalb dränge ich sowohl in Frankreich als auch in Europa auf branchenspezifische Verhandlungen, um die Hindernisse, auf die wir bislang gestoßen sind, zu überwinden. Nehmen wir das Beispiel der Spediteure: Üblicherweise konzentriert sich die Debatte hier auf die Notwendigkeit einer Reduktion der Steuerbeihilfen für Dieselkraftstoff, von denen sie profitieren – eine Subvention, die den Steuerzahler Milliarden kostet und zudem im Widerspruch zu unseren Klimazielen steht. Aber durch eine solche Maßnahme würden wir die Kosten des Übergangs dem schwächsten Glied der Wertschöpfungskette auf, den Transportunternehmern, deren wirtschaftliche Balance prekär ist. Was wir dadurch erreichen, ist eine an den französischen Premier-

**Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU**

N° 8, 28. April 2021

minister gerichtete Drohung mit Straßenblockaden, die jeden Reformeifer im Keim erstickt. Somit bleibt alles beim Alten.

Man muss das Problem deshalb von der anderen Seite angehen und die Bedingungen dafür schaffen, dass die betroffenen Transportunternehmen zügig Zugang zu umweltfreundlicheren Fahrzeugen erhalten, die sie sich aus eigener Kraft nicht leisten können. Parallel dazu muss man natürlich in die Ladeinfrastruktur für elektrisch oder mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge investieren, damit der Einsatz sauberer LKW möglich wird. Die Kosten hierfür müssen teils von der Allgemeinheit, teils von den Akteuren der Wertschöpfungskette getragen werden (hierzu zählen natürlich die Spediteure, aber vor allem auch die Verlader, die Auftraggeber ...). Das alles setzt Verhandlungen voraus, die noch nicht stattgefunden haben. Dieses Beispiel lässt sich auf die Landwirtschaft, das Wohnungswesen und zahlreiche andere Bereiche übertragen. Deshalb ist es wichtig, parallel zum normativen Schock des europäischen Green Deals, eine Verhandlungsmethode und -kultur der Transformationsprozesse zu entwickeln, so wie es in ganz Europa auf unterschiedliche, aber konvergierende Weise im Zusammenhang mit der Errichtung des Wohlfahrtsstaats im 20. Jahrhundert gelungen ist.

Der europäische Green Deal ist ein Abenteuer ohnegleichen. Wenn wir es schaffen, dieses Abenteuer gemeinsam zu bestehen, können wir dem europäischen Gedanken dadurch zusätzlichen Sinn verleihen: ein neues Wohlstandsmodell für das 21. Jahrhundert zu erfinden und damit – wie in der Vergangenheit – an der Spitze der Moderne und der wirtschaftlichen Revolutionen zu stehen.

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 8, 28. April 2021

### Der Autor

Pascal Canfin ist französischer Europaabgeordneter der Renaissance-Liste und gehört der Gruppe Renew Europe an. Von 2009 bis 2012 war er erstmals Mitglied des Europäischen Parlaments; im Mai 2019 wurde er erneut gewählt und ist seither Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI). Zuvor war Pascal Canfin von 2016 bis 2019 Generaldirektor des WWF Frankreich, wo er sich für den Schutz von Ökosystemen und den Kampf gegen die globale Erwärmung einsetzte, und von 2014 bis 2015 Senior Climate Advisor beim World Resources Institute (WRI). Von 2012 bis 2014 war er unter der Präsidentschaft von François Hollande beigeordneter Minister für Entwicklung im Außenministerium.

### Die Publikationsreihe

Die Publikationsreihe »Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU« ist ein Projekt der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne im Rahmen des [Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog](#). Vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise und der europäischen Konjunkturprogramme soll ein hochrangiger deutsch-französischer Dialog zu zentralen Herausforderungen des Green Deals gefördert und Empfehlungen zu damit verbundenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Themen entwickelt werden. Die Reihe erteilt führenden französischen und deutschen Expertinnen und Experten das Wort, um ein nachhaltiges und widerstandsfähiges Zukunftsmodell der Europäischen Union zu skizzieren und ihre Handlungsfähigkeit als Akteur dieser ökologischen Transformation zu beleuchten.

#ForumGenshagen



### Bisherige Publikationen

N° 1: [Interview mit Patrizia Nanz und Sébastien Treyer: Wege zu einer nachhaltigen Transformation: nicht nur top-down, sondern auch bottom-up](#)

N° 2: [Interview mit Yann Le Lann und Sabrina Zajak: »Fight Every Crisis«? Die Klimabewegung im Krisenmodus](#)

N° 3: [Interview mit Wolfgang Lemb und Philippe Portier: Strukturbrüche verhindern, Strukturwandel gestalten – neue Chancen für die Just Transition](#)

N° 4: [Barbara Praetorius: Eine mutige Klima-Industriepolitik als Schlüssel für den zukunftsfähigen Standort Europa](#)

N° 5: [Christian Gollier: Ein einheitlicher europäischer CO<sub>2</sub>-Preis als Schlüssel für die Transformation der Wirtschaft](#)

N° 6: [Camilla Bausch: Europäischen Klimaschutz global einbetten: Grenzausgleichsmaßnahmen als Chance und Herausforderung](#)

N° 7: [Roderick Kefferpütz: Klimapolitik mit China geopolitisch denken](#)

### Herausgeber

Stiftung Genshagen  
Am Schloss 1  
D-14974 Genshagen  
institut@stiftung-genshagen.de

### Übersetzung aus dem Französischen

Juliane Seifert

### Layout

mor-design.de

### Redaktion

Stiftung Genshagen: Marie Augère, Elisabeth Hoffmann, Thomas Goujat-Gouttequillet und Juliette Guillot  
Institut Montaigne: Alexandre Robinet-Borgomano und Anuchika Stanislaus

Die Stiftung Genshagen ist stets darum bemüht, auf eine gendergerechte Schreibweise zu achten. Um den Lesefluss nicht zu stören, wird bei Aufzählungen oder Aneinanderreihungen von Begriffen davon ausgegangen, dass das generische Maskulinum im geschlechtsneutralen Sinne verwendet wird.

Diese Publikationsreihe gibt ausschließlich die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2021

### Institut Montaigne

Das Institut Montaigne, gegründet im Jahr 2000 als unabhängiger Think-tank, ist eine Plattform für Reflektionen, Vorschläge und Experimente, die sich mit der staatlichen Politik in Frankreich und Europa beschäftigt. Durch seine Veröffentlichungen und die von ihm organisierten Veranstaltungen nimmt das Institut Montaigne eine aktive Rolle in der französischen und europäischen demokratischen Debatte wahr.

INSTITUT  
MONTAIGNE



www.institutmontaigne.org  
@i\_montaigne  
@institutmontaigne

### Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Land Brandenburg. Die Stiftung ist eine Plattform des Austauschs zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Sie fördert den Dialog zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«.

Stiftung  
Genshagen

www.stiftung-genshagen.de  
@SGenshagen  
@StiftungGenshagen  
@stiftunggenshagen

Die vorliegende Publikationsreihe erscheint mit freundlicher Unterstützung von:



Unsere Stifter:

